Kritik - soll Dienst an der Sache sein

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bauen, Wohnen, Leben**

Band (Jahr): **- (1958)**

Heft 33

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651234

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Städtebau — wissenschaftlich!

«Ungelöste Fragen der höheren Baulandnutzung»

VLP. Die Bevölkerung der Schweiz hat sich in den letzten hundert Jahren verdoppelt. Seit 1940 nimmt sie sogar jährlich um 50 000 Seelen zu. Im Zeitpunkt, in welchem diese kinderreichen Jahrgänge selbst Kinder haben, wird sich das Tempo noch bedeutend steigern. Diese Bevölkerungszunahme ist ja auf der ganzen Welt zu beobachten. Täglich nimmt die Zahl der Menschen um 120 000 zu. Für uns Schweizer bedeutet dies unter anderem, daß die Zeit der massiven Auswanderung wohl für immer vorbei ist und wir unsern Bevölkerungsüberschuß auf eigenem Grund und Boden unterbringen müssen.

Der Planungsfachmann und Architekt *Hans Marti*, Mitglied des Gemeinderates, schilderte in einem in Zürich vor einem Fachgremium gehaltenen Vortrag diese alarmierende Entwicklung und zog daraus für die Städteplanung einige höchst interessante, programmatische Schlüsse. Wir möchten hier versuchen, einige seiner fruchtbaren Ideen auszugsweise wiederzugeben, in der Hoffnung, daß diese grundlegenden Gedankengänge Martis gelegentlich als selbständige Publikation oder im Rahmen einer Fachzeitschrift erscheinen werden. Denn es handelt sich hier um wahrhaft nationale, lebenswichtige Fragen, die so bald als möglich gelöst werden müssen.

Für den Städteplaner und Architekten wird die angedeutete Entwicklung durch die

Hebung des Lebensstandards

noch verschärft. Sie kommt in der Wohndichte zum Ausdruck. In wenigen Jahren ist die Zahl der Bewohner pro Wohnraum in Zürich beispielsweise von 1,4 auf 0,9 gesunken, was bei ständig knapper werdendem Bauland über die Bevölkerungszunahme hinaus einen Mehrbedarf an Wohnraum von vollen 50 Prozent zur Folge hat.

Ein kapitales Problem ergibt sich daraus für die Landwirtschaft. Man kann nur mit tiefer Sorge zur Kenntnis nehmen, daß fast ausnahmslos die landwirtschaftlich günstigen Gebiete mit den Verstädterungszonen identisch sind, so daß sich der Städteplaner oft zu seinem eigenen Schmerz als

Totengräber des Bauerntums

erkennen muß. Nach Marti ist die einzig wirksame Gegenmaßnahme die erhöhte und vor allem bessere Nutzung des Baulandes. Dies ist aber keine rein ästhetische Aufgabe mehr. Die intensivere Baulandnutzung setzt eine Integration der verschiedensten Wissensgebiete, von der Hygiene und Soziologie bis zur Verkehrswissenschaft und andern Fachgebieten voraus. Die bisherigen, primitiven Elemente der Planung, Bau- und Niveaulinien, Zonenpläne und ähnliches genügen bei weitem nicht mehr. Ueber den zweidimensionalen Plan hinaus sind eigentliche

Richtmodelle

nötig geworden. – Die intensivere Landnutzung hat ganz unerwartete Konsequenzen. So setzt sie beispielsweise größere Baukuben, Hochhäuser und ähnliche Typen voraus, was wiederum bedeutet, daß der Mittelstand als Bauherrschaft mehr und mehr ausgeschaltet wird. Um auch den Mittelstand an dieser günstigen Kapitalanlage partizipieren zu lassen, ist es dringend notwendig, die Frage des Stockwerk- und Wohneigentums einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Das Angebot an differenziertem Wohnraum ist in der Schweiz ein weitgehend vernachlässigtes Postulat, das ebenfalls mit wissenschaftlicher Gründlichkeit behandelt werden muß. Neben dem Angebot von Groß-, Mittel- und Kleinwohnungen darf auch der Bau von Einfamilienhäusern nicht vernachlässigt werden. Diese Forderung scheint angesichts der Baulandverknappung widersinnig zu sein, doch hat bereits vor mehreren Jahrzehnten Prof. Bernoulli mit seinen raumsparenden Reiheneinfamilienhäusern Pionierarbeit geleistet, die leider viel zu wenig Nachahmung fand.

Beim Hochhaus

sind wiederum die Probleme der Beschattung, des Lichtentzugs, der Behinderung der Aussicht über die Grenzen der unmittelbaren Nachbarschaft hinaus, Probleme, die bisher stark vernachlässigt oder gar nicht studiert worden sind. Bei einem Zürcher Hochhausprojekt mußte beispielsweise der Direktor der Sternwarte zur Berechnung des Schattenwurfs im Verlaufe der Tages- und Jahreszeiten beigezogen werden. Marti vergleicht den modernen Städtebauer mit dem Ingenieur, der bei den komplexen Problemen, die ihm bei der Konstruktion von Hochleistungsmaschinen entgegentreten, den Rat des Metallurgen und anderer Spezialisten beiziehen muß.

«Was für Baugebiete können überhaupt noch verdichtet werden?» So stellt Marti die grundlegende Frage. Er unterscheidet erstens

Altbaugebiete

in Dorf- und Stadtkernzonen, welche historischen Wert besitzen. Diese Zonen sind in der Regel bereits übernützt durch Aufstockungen, Ueberbauungen von Höfen und ähnlichen Maßnahmen, so daß eher eine Auflockerung als eine Verdichtung nötig scheint. Ebenfalls zu den Altgebieten zählt Marti die Quartiere, welche in der Gründerzeit und um die Jahrhundertwende entstanden. Es handelt sich um jene erneuerungsbedürftigen, meist zwei und dreigeschossigen Ueberbauungen, die heute durch fünf- und sechsgeschossige Randbebauungen ersetzt werden — durch Bauformen, die jetzt schon wieder

sanierungsbedürftig

sind. Diese Gebiete stellen uns die dringendsten und vornehmsten Aufgaben. In zweiter Linie nennt Marti die Baugebiete der Gegenwart. Er warnt davor, die in diesen Gebieten noch vorhandenen Reste von Bauland unter dem Druck voreiliger Spekulanten, welche zu hohe Landpreise bezahlten, einer höhern Nutzung zuzuweisen, da dadurch eine Diskrepanz in der Ueberbauung besteht, welche ein Quartier als ganzes entwertet.

Eine eigentliche Verdichtung und Intensivierung der Nutzung ist nur in reinen Neubaugebieten möglich, in neuen Städten, wie sie jetzt beispielsweise im Birrfeld, angeregt durch die Errichtung neuer Fabrikationsbetriebe der BBC, im Entstehen begriffen sind. Wie hoch kann nun diese Verdichtung getrieben werden? Eine interessante Untersuchung zeigt beispielsweise, daß die

Zürcher City
heute bereits übernutzt

ist — eine Tatsache, an der auch der Bau von Hochhäusern nichts ändern kann. Anhand von Beispielen zeigte jedoch der Referent, daß in Wohngebieten, die von Grund auf neu geplant sind, bis zu einer Nutzungsziffer von 1,0 geschritten werden kann. Dies bedeutet, daß die gesamte Geschoßfläche gleich groß ist wie das Areal, auf dem die Bauten stehen. Dies ist, verglichen zur heute zugelassenen Ausnutzung, eine enorm hohe Zahl, doch zeigt es sich, daß in einem von Grund auf neu geplanten Quartier mit differenzierten Baukörpern trotzdem durchaus gesunde, erträgliche und auch schöne Verhältnisse möglich sind. Wie gesagt, betreten wir hier jedoch Neuland und sind auf die sorgfältigste Zusammenarbeit von Architekten, Hygienikern, Juristen und vor allem auch der Verkehrswissenschafter angewiesen. Hans Marti betont die erstaunliche Tatsache, daß in der Schweiz heute pro Jahr 3,7 Milliarden Franken in Hochbauten investiert werden, daß es aber keine einzige Institution im ganzen Lande gibt, welche eigentliche Grundlagenforschung der Stadtplanung betreibt.

Neue Scharfe Kritik an der Sowjetarchitektur

Es ist allgemein bekannt, daß der oberste Gehirntrust der Sowjetunion die Gestaltung der Arbeit der Sowjetprominenz der Architektur schon mehrmals scharf kritisierte. Nun hat der erste russische Politiker dieser Kritik seinen Segen erteilt. Anläßlich des 5. Kongresses der Internationalen Architektur-Union, der vor kurzem in Moskau stattfand, führte Nikita *Chruschtschew* persönlich eine Diskussion mit einigen Kongreßteilnehmern. Wie immer, war er verblüffend offenherzig: *Er sagte ja zu den Thesen der Städtebauer des Westens und bat um Anregung und Kritik aus dem Westen!*

Der amerikanische Professor Carleton *Smith*, Präsident der National Arts Fondation, hatte vor dem Kongreß in Moskau einen Test des amerikanischen Architekten *K. Winston* über das moderne Wohnen in Amerika, gemäß Auftrag Chruschtschews, bekannt gegeben. Chruschtschew soll diesen Thesen, die auf der Lebensanschauung des westlichen *Individualismus* basieren, zugestimmt haben. In seinem Test hatte Norman K. Winston erklärt: «Alle Völker wünschen ein gutes und bequemes Heim. Wir dürfen nicht nur für zehn Jahre vorausplanen, sondern müssen für 30 und 40 Jahre planen. Unsere Städte müssen zur größeren Wohlfahrt des einzelnen Menschen gebaut und umgebaut werden. Winston sprach die westliche Binsenwahrheit aus, daß die Städte- und Regionalplaner auf die Bedürfnisse der einzelnen Familie Rücksicht nehmen müssen. Wo immer dies geschehe, da gebe es die *beste Planung, die beste Architektur und das soziale System.*»

Chkruschtschew soll dieses Programm als richtig bestätigt und hinzugefügt haben: «Wir wollen uns im friedlichen Wettstreit messen, wer das meiste für die Massen und den einfachen Mann leistet. Wolkenkratzer werden in Moskau keine mehr gebaut. Der Hochbau der Moskauer Universität ist eine Raumverschwendung.»

Diejenigen Kongreßteilnehmer der Internationalen Architekten-Union, die verschiedene Gebiete der Sowjetunion bereisten, schilderten, die UdSSR erlebe zurzeit eine Baukonjunktur, die auf der Verwirklichung der Pläne Chruschtschews zur Hebung des Lebensstandardes beruhe. Die Sowjetbürger und die Sowjetarchitekten seien aber selber nicht zufrieden mit ihren in der jüngsten Zeit erstellten Bauten. Professor Smith erklärte: «Die Sowjets bauen zwar sehr schnell, doch ist die Ausstattung ärmlich. Im Vergleich dazu leben die durchschnittlich lebenden Amerikaner im Paradies.»

Die «Stadt Limmattal» in der Region Zürich

Ein durch Architekt Hans *Marti*, Zürich, und Kulturingenieur Willi Weber, *Baden*, im Auftrag der Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung ausgearbeitetes Gutachten über die siedlungspolitische Entwicklung im Limmattal geht davon aus, daß sich die Wohnbevölkerung der Schweiz in den beiden letzten Jahrzehnten jährlich um 1 Prozent oder rund 50 000 Seelen vermehrte. Da dieser Trend bei anhaltend guter Konjunktur fortdauern dürfte, ist zwischen 1960 und dem Jahre 2000 mit einer Bevölkerungszunahme von rund zwei Millionen zu rechnen, so daß unser Land nach der Jahrtausendwende etwa 7 Millionen Einwohner zählen dürfte. Eine von Prof. Dr. *Gutersohn* von der ETH auf Grund der Unterlagen des Eidgenössischen Statistischen Amtes getroffene Schätzung rechnet für das Jahr 2050 sogar mit einer Bevölkerung von rund 10 Millionen Seelen.

Da diese Entwicklung auch die schon heute stark fortgeschrittene Verstädterung des Mittellandes vorantreiben wird, ist bis zum Jahre 2000 mit einem Anwachsen der

Region Zürich
auf rund 500 000 Menschen

zu rechnen, wobei das schon jetzt in voller Verstädterung begriffene Limmattal weiterhin ein bevorzugtes Wohngebiet bilden wird, dessen wirtschaftliche Hauptanziehungspunkte der *Rangierbahnhof Limmattal* und der

Aarehafen Brugg

sein werden. Der Widerstand gegen den Rangierbahnhof ist zwar in Spreitenbach nicht nur bei den Grundbesitzern, sondern bei der ganzen Einwohnergemeinde nach wie vor ungebrochen, und die Spreitenbacher ließen durchblicken, daß sie ihren Boden eher für Wohn- und Industriebauten als für die 75 unproduktiven Schienenstränge des Rangierbahnhofes hergeben würden. Der für die Zulassung des Rangierbahnhofes indessen zuständige Staat Aargau stimmt aber dem Projekt der SBB nach langwierigen Verhandlungen grundsätzlich zu, nachdem das Gegenprojekt eines Rangierbahnhofes Furttal fallen gelassen werden mußte, da es nicht nur wesentlich kostspieliger wäre, sondern auch ungünstigere Betriebsbedingungen aufweisen würde, weil z. B. eine zweckmäßige Zufahrt vom Limmattal her kaum zu bewerkstelligen wäre.

Die Bundesbahnen

haben sich nun zur Durchführung einer Ortsplanung für Spreitenbach auf eigene Kosten bereit erklärt, wobei die Gemeinde auf der Anlage eines eigenen Personenbahnhofs beharrt, der zwischen die Stationen Dietikon und Killwangen-Spreitenbach zu liegen käme.

Auf Grund der Ausscheidung der Landreserven im Limmattal im eingangs genannten Gutachten ergibt sich für die Region Baden — d. h. für die Talstrecke von Spreitenbach bis Gebensdorf bei Turgi — unter Berücksichtigung der auszuscheidenden Grünzonen eine

Reserve für 200 000 Menschen;

da jedoch erfahrungsgemäß nur drei Viertel der für die Bebauung ausgeschiedenen Gebiete tatsächlich überbaut werden, rechnen die Planer mit einer Bevölkerung von 150 000 Menschen.

Im Endausbau des Rangierbahnhofes Limmattal rechnen die SBB auch mit einer

Durchtunnelung des Heitersberges

von Killwangen her in der Richtung nach Mellingen und Lenzburg, so daß die Planungsarbeiten auch ins Reußtal hinübergreifen, das von der vorgesehenen direkten Linie Zürich–Spreitenbach–Mellingen–Lenzburg–Aarau–Olten einen wirtschaftlichen Aufschwung und insbesondere die Niederlassung neuer Industrien erwartet, während man in der Region Baden–Brugg um zahlreiche gute Schnellzugsverbindungen bangt und die Forderung nach einem dritten oder vierten Geleise erhebt, auf dem ein Pendelverkehr durch das Limmattal einzurichten wäre. VLP

Märchenschloß 1958

Einen Traumpalast für den Oel-Scheich Kuweit soll der Hamburger Innenarchitekt Professor Cäsar *Pinnau*, ohne Rücksicht auf die Millionenkosten, nun fix und fertig als Märchenschloß einrichten. Der kürzlich, in moderner Bauform, errichtete Rohbau des Palastes steht in der Nähe der Hauptstadt Kuweit, auf dem Wüstenhügel Mehsref. Das dreigeschossige Flachdachgebäude enthält 90 Räume, ein eigenes Kino und einen Speisesaal für 200 mit Appetit gesegnete Personen. Dieser «Eßraum» soll u. a. mit 200 vergoldeten Bronzesesseln und viel Marmor ausgestattet werden. Natürlich fehlen das Schwimmbad und eine moderne Klimaanlage nicht. Weil es aber bei Kuweit keine Wasserquelle gibt, so muß das kostbare Naß von einer ununterbrochen rollenden Kolonne mit Tankwagen herbeigeschafft werden. Der derzeitige Herrscher über Kuweit, Scheich Abdallah al Salim as Sabah, verdient am sprudelnden Oel soviel, daß er sich das teuerste Wasser der Welt leisten kann.

Kritik — soll Dienst an der Sache sein

te. Zu den bekanntesten – wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir sagen: auch berüchtigten – Theater- und Musikkritikern gehört Eduard Hanslick, der mit äußerster Vehemenz das Musikdrama Richard Wagners bekämpfte. Wenn wir heute die Berichte dieses Wiener Kritikers über die ersten Aufführungen des «Nibelungenringes» lesen, so können wir uns kaum des Lachens enthalten. Für Hanslick ist Wagner der übelste musikalische und dichterische Stümper, der mit der Tradition völlig gebrochen habe; diesem Verdammungsurteil wird die Verhimmelung der Musik von Johannes Brahms gegenübergestellt.

Was tat eigentlich Hanslick? Er trieb Schwarzweiß-Malerei aus einer eng begrenzten Sicht heraus; er hatte einfach eine Auffassung von der Kunst, die keine Neuerung vertrug. Selbstverständlich ist es falsch, Brahms gegen Wagner oder Wagner gegen Brahms auszuspielen, weil die beiden Komponisten von verschiedenen Prinzipien ausgehen. Inzwischen haben schon längst sowohl Wagner als auch Brahms ihren Platz in der Musikgeschichte eingenommen – und zwar unabhängig von dieser tendenziösen Kritik.

Der Fall Hanslick ist ein klassisches Beispiel dafür, was für ein Zerrbild entstehen kann, wenn der Kritiker einem Vorurteil unterliegt, das seinen Blick trübt. Wir sollten stets daran denken, daß «Kritik» vom griechischen Wort «krinein» kommt, das nur schlicht «beurteilen» bedeutet. Um in diesem Sinne seine Aufgabe erfüllen zu können, muß der Kritiker unbefangen sein. Das gilt nicht nur für die Beurteilung der Komponisten, die eigentlich eine schwierige kulturgeschichtliche Aufgabe darstellt, sondern noch viel mehr für die alltägliche Theaterkritik.

Ein Kritiker, der von einem bestimmten Theater stark beeindruckt ist, wird die Arbeit an einem andern Theater, die nicht nach den Richtlinien seines Idealbildes vor sich geht, notwendigerweise negativ beurteilen. Während er das bevorzugte Theater in seiner Ganzheit sieht, treibt er bei der Beurteilung der Leistungen auf anderen Bühnen Haarspalterei durch ständigen, unangebrachten Vergleich. Dieser Kritiker hat den Ueberblick völlig verloren; die Fixierung führt zur Unobjektivität. Jedes Theater muß aus seiner besonderen Situation heraus unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen beurteilt werden; die Kritik, welche die Proportionen nicht im Auge hat, mißt nicht mit adäquaten Maßstäben.

Noch weniger wird derjenige Kritiker seiner Aufgabe gerecht, der aus Opposition oder persönlichem Ressentiment die Opernaufführungen beurteilt und somit von vornherein verurteilt. In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß jeder, der als Kritiker an die Oeffentlichkeit tritt, seine subjektiven Gefühle weitgehend ausschalten sollte, weil er doch im Dienste der Allgemeinheit steht. Kritik soll nicht Rechthaberei und Prestige, sondern Dienst an der Sache sein. Wenn der Kritiker die Theaterleitung und die Sänger auf gewisse Mißgriffe in wohlwollender Weise aufmerksam macht, werden seine Ratschläge berücksichtigt; wenn er aber von vornherein die Künstler des schlechten Willens und der Unfähigkeit bezichtigt, wird er kein Gehör finden.

Zum Wesen des guten Kritikers gehört auch eine gewisse Bescheidenheit. Wer andere kritisiert – besonders wenn er dazu beauftragt ist –, soll sich stets über seine eigene seelische Situation im klaren sein. Das biblische Wort vom Splitter und Balken kommt nicht so von ungefähr.